



Liebe Mitglieder,

bevor ich Ihnen von unseren Aktivitäten berichte, ein Wort zu unseren Sorgen:

Die aktuelle Lage der Coronaepidemie beherrscht nicht nur uns, sondern auch die Medien. Jede Nachrichtensendung - egal ob im Fernsehen oder im Rundfunk - ist dominiert von den aktuellen Zahlen und Berichten über die Epidemie, die Informationen über die aktuellen Einschränkungen für die Bürger und die Probleme bei der Beschaffung der Impfstoffe. Da die Sendezeit der Nachrichten sich nicht verändert hat, auch auf Sportnachrichten nicht verzichtet wird, haben Nachrichten über die politische Lage und über die politische Arbeit unserer Regierung nur eingeschränkten Raum. Sind die Einschränkungen unseres Lebens auch eine Einschränkung der Informationen?

- Die Meldung über das **Zusammenziehen von russischen Truppen an der Grenze zur Ukraine** verursachte Sorgen über das mögliche Auslösen eines unkontrollierbaren Krieges zwischen Russland und der NATO. In den Medien fanden sich viele Berichte über die Stationierung russischer Truppen an der Grenze zur Ukraine und auf der Krim. Wenig geschrieben wird dagegen über das **NATO-Manöver Defender Europe 21**, bei dem Deutschland zu einer Drehscheibe für Militärtransporte wird. Ziel der Großübung mit 30.000 Soldat*innen aus den USA und anderen NATO-Staaten ist es, verschiedene Truppen über eine große Distanz nach Osten in die Schwarzmeerregion in unmittelbare Nähe zur Ukraine zu verlegen. Das Manöver soll im April beginnen, der Hauptteil der Truppenverlegungen im Mai erfolgen. Deutschland ist Gastgeber des Manövers. Die Bundeswehr ist zwar nur mit 430 Soldat*innen beteiligt, hat aber ein Budget von 2,9 Millionen Euro für das Manöver eingeplant.

Aktuell haben die Ukraine und die Volksrepubliken die Mobilmachung zum Militärdienst eingeleitet. Auch die Minsker Friedensverhandlungen stocken: Die ukrainische Delegation hat angekündigt, nicht länger zu Friedensgesprächen nach Minsk fahren zu wollen wegen der »feindlichen Rhetorik Weißrusslands« in Bezug auf die Ukraine.

Defender Europe 21 kommt also zu einem hochsensiblen Zeitpunkt. So hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyi die NATO gerade aufgefordert, den Beitrittsplan seines Landes zu beschleunigen, da dies der einzige Weg sei, den schwelenden Konflikt in der östlichen Donbass-Region zu beenden. »Der Beitritt zu einem Militärbündnis ist jedoch keinesfalls geeignet zu einer Konfliktbearbeitung, die Menschenleben schützt. Ein solcher Beitritt erhöht die Gefahr militärischer Auseinandersetzung zwischen der NATO und Russland«, warnt die IPPNW-Vorsitzende Susanne Grabenhorst. Die russische Regierung habe mehrfach gewarnt, dass sie jede Stationierung westlicher Truppen in der Ukraine als eine ernsthafte Provokation betrachten würden.

23.04.2021 13:09 Uhr: Die russische Armee hat nach Angaben aus Moskau mit dem Abzug von Truppen von der ukrainischen Grenze begonnen. Bis 1. Mai sollen die Soldaten in ihre Kasernen zurückkehren.

Zum Thema Militarisierung, die schleichend voranschreitet

- Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI publiziert, dass die **Ausgaben für die Bundeswehr im letzten Jahr um 5,2 % auf 43,8 Milliarden Euro gestiegen** sind. Die Anschaffung von israelischen Drohnen, die sich rasch bewaffnen lassen, wurde vom Bundestag beschlossen. Von den Tagesthemmen gibt es dazu keine Statements.
- Die **Pandemie wird genutzt, um die Bundeswehr als Teil des öffentlichen Lebens darzustellen**. Inzwischen sind 11.000 Soldat*innen in Pflegeheimen, in Gesundheitsämtern und in Impfzentren aktiv..., um das Gesundheitssystem zu unterstützen und die Pandemie zu bekämpfen. Die Wahrheit ist, dass all die Arbeit, die nun Soldat*innen nach einer Einweisung leisten, auch von anderen Menschen getan werden kann. Sie könnten ihren Lohnausfall aus zur Zeit nicht möglichen Jobs in Gastronomie, Veranstaltungsarbeit, im Handel mindern.
- Neu: **Die als »Freiwilligenarmee« ausgerichtete Bundeswehr bekommt einen kleinen Bruder hinzu: den »Heimatschutz«**. Damit soll Jugendlichen, die noch nicht ganz von der Bundeswehr als Arbeitgeber überzeugt sind, der »Dienst an der Waffe« schmackhaft gemacht werden. Ohne Auslandseinsatz, nur im Inneren werden die Rekruten eingesetzt. Im ersten Jahr sind es 1.000 von 9.000 Bewerbungen.

Die militärische Ausbildung dauert sieben Monate plus Reservisteneinsätze in den folgenden sechs Jahren. Nach einer Grundausbildung soll eine »Spezialausbildung für den Heimatschutz« folgen. Darin geht es, nach Aussage des stellvertretenden Generalinspektors Markus Laubenthal, um die Ausbildung für Sicherungs- und Objektschutz, ABC-Abwehr, Sanitätsdienst und Brandschutz. Dafür gibt es 1.400 Euro netto im Monat. Im Verhältnis zu anderen Freiwilligendiensten, für die Jugendliche oft nur ein »Taschengeld« von 400 Euro erhalten, ein stolzer Sold.

Berichte über unsere Veranstaltungen

»Wir feiern einen großen Erfolg der Friedensbewegung!«

Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag trat am 22.1. 2021 in Kraft



Von der großen Mehrheit der Staaten ohne Atomwaffen wurde er in der UNO auf den Weg gebracht wurde und schließlich am 7.7.2017 von der Vollversammlung einstimmig beschlossen.

Der Atomverbotsvertrag ist viel mehr als ein symbolischer Erfolg.

Der Verbotsvertrag ist ein wichtiger Schritt, um die Vision einer Welt ohne Atomwaffen wahr werden zu lassen. Er verbietet Staaten Atomwaffen zu testen, zu entwickeln, zu produzieren und zu besitzen. Außerdem verbietet er die Weitergabe, die Lagerung und den Einsatz von Nuklearwaffen. – auch schon die Drohung mit einem Atomeinsatz. Darüber hinaus verbietet der Vertrag, die Atomwaffen zu unterstützen, zu fördern oder einen anderen Staat dazu zu bewegen. Außerdem wird den Staaten die Stationierung von Atomwaffen auf eigenem Boden verboten.

Es ist beschämend dass die Bundesrepublik Deutschland diesem Vertrag nicht beigetreten ist! Die Regierung begründet das mit der atomaren Teilhabe durch die Nato: TATSÄCHLICH lagern in Büchel Atomsprengköpfe, die im Notfall mit amerikanischen Jagdbombern von deutschen Soldaten zum Einsatz gebracht werden sollen. Erst wenn sie außer Landes sind, wird die Regierung unterschreiben. Die Friedensbewegung arbeitet daran.

<https://www.friedenszentrum.info/index.php/archivierte-artikel/2021/743-wir-feiern-einen-grossen-erfolg-der-friedensbewegung>

Zivile Sicherheitspolitik - Sicherheit neu denken

Von der militärischen zur zivilen Sicherheit – ein Szenario bis zum Jahr 2040

Ralf Becker eröffnete 2021 die Reihe »Wege zu einer Kultur des Friedens« mit seinem Vortrag über das Szenario »Sicherheit neu denken«



Ein Ergebnis der Friedensforschung ist, dass Militäreinsätze zur Erreichung politischer Ziele in der Regel sehr ineffektiv und mit großen negativen Nebenwirkungen behaftet sind. Konflikte, die gewaltsam gelöst werden, dauern in der Regel länger, fordern mehr Opfer und zeigen letztendlich wenig Erfolg (Studie Chenoweth/Stephan). Das Militär wird überschätzt in seinen Möglichkeiten, stabile Verhältnisse zu schaffen, wie das Beispiel Afghanistan zeigt. Die Militärs konnten keine flächendeckende Sicherheit herstellen.

Es geht um die Entzauberung des Mythos der Wirksamkeit von Gewalt.

Auf diesem Hintergrund hatte die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden 2013 ein Szenario in Auftrag gegeben, das »Wege eines mittelfristigen Umstiegs von der militärischen zur gewaltfreien Friedenssicherung« entwerfen sollte. Dieser Umstieg sollte bis zum Jahr 2040 erfolgen. Die Verfasser entwickelten die Gegenüberstellung von zwei Szenarien: die Entwicklung bis 2040, wenn sich nichts verändert. Das sah düster aus, sie nannten es das Negativszenario. Die Entwicklung bis 2040 zu einem positiven Szenario gelingt nur mit der Möglichkeit und Notwendigkeit der Veränderung unserer Verhaltensweisen.

Ralf Becker stellte die fünf Säulen des Konzepts vor, die notwendige politische Entwicklungen bzw. Veränderungen darstellen, um das Ziel der zivilen Sicherheit zu erreichen, das die Bereitstellung von Militär und Kriege unnötig macht :

1. Gerechte Außenbeziehungen mit Rücksicht auf die Nachbarn (faire Handelsbeziehungen, Nachhaltigkeit, Klima, Ökologie);
2. Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten: Sicherheitspartnerschaft mit der eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) und Unterstützung und eine Zusammenarbeit mit Afrika auf Augenhöhe;
3. Sicherheit durch Teilhabe an der internationalen Sicherheitsarchitektur (EU, OSZE, UNO, NATO);
4. Resiliente Demokratie (zivile Konfliktbearbeitung, Prävention, Mediation);
5. Konversion von Bundeswehr und Rüstungsindustrie (statt dessen internationales THW, keine Rüstungsexporte, sozialverträgliche Konversion der Rüstungsindustrie);

Das Szenario ist ein ausgereiftes gründlich erarbeitetes Konzept, das von Ralf Becker, Stefan Maas und seinen Mitstreitern in die Öffentlichkeit gebracht und in den letzten acht Jahren viel diskutiert und erprobt wurde. Diskussionspartner waren neben wissenschaftlichen Instituten, z.B. Vertreter der Polizei, der Bundeswehr und der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz. Mittlerweile ist es in viele verschiedene Sprachen z.B. Niederländisch, Englisch, Russisch und Polnisch übersetzt worden. In Großbritannien gibt es eine ähnliche Initiative. Zahlreiche Prominente und Organisationen unterstützen die Initiative. Auch das Friedenszentrum Braunschweig hat sich dieser Unterstützung angeschlossen.



Sicherheit neu denken

Von der militärischen
zur zivilen Sicherheitspolitik –
Ein Szenario bis zum Jahr 2040

Informationsbroschüren bei uns und auf
www.sicherheitneudenken.de

Becker, Ralf; Maas, Stefan &
Schweidenherperich, Christoph [Hrsg.]



Zoom-Veranstaltung am 25. Februar



Albert Scharenberg Die Lage der USA nach Trump

Vier Jahre Trump führten zu einem Wandel des Landes. Die liberale Demokratie der USA hat kein faires Wahlsystem, die Schlagseite war von den Gründervätern intendiert. Trump wurde mit einer Minderheit von 7 Millionen Stimmen zum Präsidenten gewählt. Der demografische Wandel der US-amerikanischen Bevölkerung verändert die Machtverhältnisse, da Weiße rückläufig sind, alle anderen Bevölkerungsgruppen aber wachsen, an erster Stelle die Latinos. Republikaner setzen traditionell auf die Mobilisierung der Weißen, die Demokraten dagegen setzen auf Vielfalt. Trump redet offen rassistisch, spitzt zu und hat darüber hinaus die Politik der Einwanderung verändert. Er baute die Mauer, nahm offene Stellung gegen die Latinos, gegen Schwarze, Einwanderer und linke Abgeordnete. Sein Stil war ein starker Autoritarismus. Er übertrug die Unternehmensführung auf die Politik und forderte bedingungslose Gefolgschaft. Sein Plus ist es, dass er als Medienperson die Menschen manipulieren kann. Auf Kritik reagiert er mit Angriff: Fake News – Lügenpresse – Volksfeinde! Er hat Verschwörungstheorien verbreitet, sich als Ret-

ter der Menschheit dargestellt und in seiner jahrelangen TV-Sendung hat er es geschafft, die Menschen zu immunisieren.

Das übertrug er auch auf die Außenpolitik. Die Amerikaner erlebten einen Niedergang der wirtschaftlichen und politischen Macht – vor allem im Vergleich zu China. Scharenberg spricht von unterbewußt vorhandenen Ängsten vor dem demokratischen Wandel auf dem Hintergrund des Kolonialismus und der Ausbeutung. Trumps Fehler war die Kumpanei mit Autokraten. Die Demokraten sind multilateraler, sind für Maßnahmen gegen den Klimawandel, aber auch sie wollen China übertrumpfen. Sie sind für eine multiethnische Demokratie. Die USA waren immer ein polarisierendes Land, aber neu ist die faschistische Dimension von Trump. Der Unterschied zu den Demokraten ist deutlich, sie wurden diesmal auch von den Linken gewählt, um den Faschismus zu verhindern, aber die Polarisierung zwischen den gesellschaftlichen Gruppen, die die Parteien abbilden, ist so groß, dass man nicht miteinander diskutieren kann.

Der neue Präsident Biden wird sich multilateral zeigen, wird die UNO ein bisschen unterstützen, wird aber weiter rüsten. Er braucht eine Antwort auf die Verschiebung der Machtstrukturen in der Welt durch China und durch die aufstrebenden Staaten des Südens wie Indien. Er wird China angehen und braucht die EU als starken Verbündeten.

Zoom-Veranstaltung am 11. März



Prof. Dr. Lothar Zechlin: Israelkritik gleich Antisemitismus?

Sein Vortrag mit dem Thema »Israelkritik gleich Antisemitismus« wurde von 69 Teilnehmer/innen mit Spannung erwartet. Wieviel Kritik an der Politik des Staates Israel ist legitim? Wo beginnt der Antisemitismus? In einem lebendigen frei gehaltenen Vortrag gab der Staatsrechtler

Zechlin sehr differenzierte juristische Definitionen, die bei der Abgrenzung, was Antisemitismus ist und was nicht, hilfreich sind. Er sprach über die Definitionsgrundlagen, aufgrund derer die Bundesregierung die Existenz Israels zu ihrer »Staatsraison« erhoben hat, zeigte ihre Brüche auf. Die politische Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Antisemitismusvorwurf bewirkte Probleme bei der Vergabe von öffentlichen Vortragsräumen für Kritiker:innen, was er als Einschränkung der freien Meinungsäußerung ansah.

	Antizionistisch	Nicht antizionistisch
Antisemitisch	<p><i>Israelbezogener Antisemitismus</i></p> <p>Klassische Feindlichkeit gegenüber Juden und <i>deshalb</i> auch gegenüber ihrem Staat („Traditioneller Antisemitismus“)</p> <p>Feindlichkeit gegenüber dem Staat und <i>deshalb</i> auch gegenüber Juden („Neuer Antisemitismus“)</p>	<p><i>Antisemitischer Zionismus</i></p> <p>Unterstützung eines Judenstaates in Palästina bei gleichzeitiger Feindlichkeit gegen Juden im eigenen Land</p>
Nicht antisemitisch	<p><i>Antiimperialistische Israelfeindlichkeit</i></p> <p>Postkolonialistisch motivierte Kritik des ethnisch-religiös definierten Staatscharakters Israels (solange sie nicht die Legitimität des jüdischen Staates nach UN Res. 181 bestreitet [„Existenzrecht“]. Sonst „Neuer Antisemitismus“, s.o.)</p>	<p><i>Menschenrechtliche Israelkritik</i></p> <p>Kritik der israelischen Regierungspolitik, die in gleicher Weise auch für die Politik anderer Staaten gilt</p> <p>„Postzionistische“ Kritik an der Ausprägung des jüdischen Staatscharakters Israels</p>

Er legte dar, wie der Begriff Antisemitismus zu einem Kampfbegriff instrumentalisiert wurde und verwies auf die Einschränkung der freien Meinungsäußerung.

In seinen dargestellten Grafiken lässt sich eine klare Grenze zwischen einer Kritik an einem Menschen oder einer Regierung und antisemitischen Äußerungen aufzeigen. Zum Antisemitismus gehört eine Herabsetzung der Person als Jude an sich oder eine verallgemeinernde Einstellung gegen die Juden. Damit werden jene politisch denkenden Menschen gerechtfertigt/legitimiert, die die Daseinsberechtigung Israels nicht in Frage stellen, aber an der Besatzungspolitik der israelischen Regierung, an der Behandlung der Palästinenser, Kritik üben.

Eine Übereinkunft in der komplexen Frage gibt es nicht, die Frage wird weiter diskutiert, z.B. auch in der Februarausgabe der Zeitschrift »Blätter für eine deutsche und internationale Politik.«

(<https://www.blaetter.de/ausgabe/2021/februar/bds-debatte-wider-die-falschen-eindeutigkeiten>)

Im etwa gleichen Zeitraum wurde die von 200 Wissenschaftlern erarbeitete Jerusalem Erklärung veröffentlicht. Sie hatte den Anspruch, die 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) erarbeitete Definition zu ergänzen bzw. zu präzisieren: s. auch Artikel von Peter Ullrich in der Wochenzeitung »der Freitag« am 11.4.2021 (<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/im-kern-judenfeindschaft>)

Dieser Definitionsversuch des Antisemitismus wird erneut diskutiert. Ein Hauptstreitpunkt ist die Israelboycott-Bewegung. Nachdem die US-Organisation »Human Rights Watch« Israel im Umgang mit den Palästinensern »Verbrechen der Apartheid« vorgeworfen hat, meldete sich der Antisemitismusbeauftragte von Bund und Ländern zu Wort mit der Verurteilung des BDS als zentraler Akteur des Antiisraelischen Antisemitismus im Gewand einer Israelkritik....

Das Thema ist noch lange nicht ausgestanden, aber der Vortrag von Prof. Zechlin führte uns in die aktuellen Auseinandersetzungen.

Dazu: Lothar Zechlin, *Antisemitismus als Rechtsbegriff. Wann ist Israelkritik antisemitisch und wann nicht?* in der »Kritischen Justiz« 1/2021:

(<https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/0023-4834-2021-1-31/antisemitismus-als-rechtsbegriff-wann-ist-israelkritik-antisemitisch-und-wann-ist-sie-es-nicht-jahrgang-54-2021-heft-1?page=1>)



Videomittschnitt des Vortrags
https://youtu.be/IZ2MsDXGf_M



Trotz Coroneinschränkungen konnte der Ostermarsch am 3. April stattfinden, da angemeldete Demonstrationen - unter festgelegten Auflagen - zum Grundrecht in einer Demokratie gehören. Circa 100 Menschen kamen zum Kohlmarkt und nahmen mit Abständen an der Veranstaltung teil. Der beigelegte Flyer zeigt die Forderungen:

Weltweite Solidarität und kein Sanktionismus
Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages - jetzt!
Geld für Gesundheit und Pflege statt Ausgaben für das Militär

Wir fordern

- Runter mit den Kosten für den Verteidigungshaushalt und Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr
- »Sicherheit Neu Denken« für eine friedlichere Welt
- Rauf mit Investitionen für Klima, Gesundheit, Pflege und Bildung.

Friedenslogik statt Kriegsgetrommel

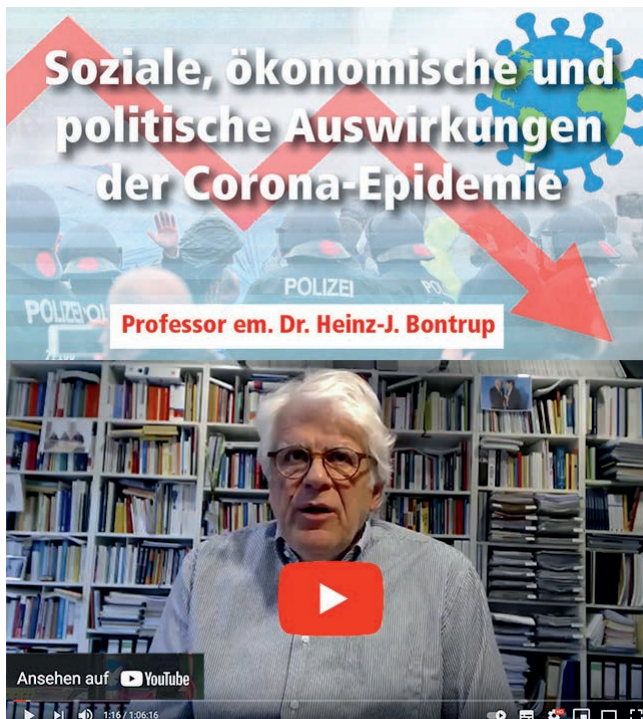
Sambattac sorgte für eine gute Stimmung, Hans-Georg Hartwig hielt die Eingangsrede, Thorsten Stelzner zitierte aus

seiner politischen Lyrik. Helmut Kaess und Ute Lampe hielten Reden, die auf der Homepage veröffentlicht sind. Wir hatten ein Presseecho von der BZ, von Radio 38 und vom NDR Niedersachsen.



Videomitschnitt der Kundgebung (von Matthias Jakisch)
<https://www.youtube.com/watch?v=SWCG9CL-nAA>

Zoom-Veranstaltung am 15. April



Prof. em. Dr. Heinz. J. Bontrup:
Soziale, ökonomische und politische Auswirkungen der Corona-Epidemie

Prof. Bontrup nahm den Zuhörern alle Hoffnung, dass sich durch die lange Epidemie eine Veränderung in der neoliberalen Wirtschaftsform ergeben könnte. Der Kapitalismus sei zu robust. Er wird die Krise wegstecken und gestärkt daraus hervorgehen. Die sozialen Auswirkungen werden schlimmer sein als die der Weltwirtschaftskrise von 2007: steigende Arbeitslosigkeit, Verschuldung und eine zeitlich verzögerte Pleitewelle der kleinen Selbstständigen. In der Wirtschaft gibt es eine tiefe Strukturdifferenzierung. Von den 2,6 Mio. Unternehmen haben nur 80.000 mehr als 500 Beschäftigte. Die meisten sind Kleinbetriebe mit max. 20 Beschäftigten, daneben gibt es die vielen Solounternehmen ohne Angestellte. Sie sind alle von der Krise betroffen – man nennt sie Zombi-Unternehmen. Wenn die Insolvenzordnung nicht mehr ausgesetzt ist, wird es eine Pleitewelle geben mit einer Vernichtung von Existenzen und von Kapital mit katastrophalen Folgen.

Die heute schon bestehende Armutsquote von jetzt 16% der Bevölkerung wird auf mind. 18 % steigen. Schon jetzt lebt jedes 5. Kind in Armut. Die 2,7 Millionen Arbeitslosen sind nur die registrierten, eine

weitere Million Unterbeschäftigte gehören dazu. Die Arbeitslosigkeit wurde durch Gesetzesanpassung 1987 wegdefiniert! Es fehlen 4,2 Millionen Vollzeitarbeitsplätze, die Umwandlung in Teilzeit und die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze hat zugenommen. Die Epidemie wird ein gigantisches Prekariat hinterlassen.

Eine weitere Folge der Epidemie ist die Umverteilung: 1.4 Billionen verlorene Arbeitsentgelte: Kurzarbeit, keine Gehaltssteigerungen in der Elektro- und Stahlindustrie, VW-Haustarife. Auch die Rente hängt daran: Null-Runde für Pensionäre und Rentner. – wobei es Deutschland noch gut geht im Vergleich zu den Ländern in Südeuropa. Das Konjunkturpaket der EU von 750 Millionen wurde auf Betreiben der AfD vorerst gestoppt. Es hängt von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ab.

In der Wirtschafts-, Immobilien- und Bankenkrise von 2007/2009 musste der Staat eingreifen und den ausfallenden Konsum, die fehlende Nachfrage kompensieren. Das Geld in Höhe von 180 Milliarden hat er sich beim Kapitalmarkt, d.h. bei den Vermögenden der Welt, beschafft. Sie verleihen ihr Kapital für 3-4%, der Staat gibt es in die Wirtschaft, die Gewinne der Wirtschaft kommen wieder bei den Unternehmern an. Die Reichen profitieren von der Krise, sie werden noch reicher. Die Staatsanleihe impliziert eine Umverteilung. Die Notenbank muss das begleiten mit einem Leitzins bei Null, sogar mit einem Negativzins von 0,5 %. Die Vermögenden klagen über fehlende Anlagemöglichkeiten, da kommt die Krise gerade recht.

<https://www.friedenszentrum.info/index.php/762-wege-zu-einer-kultur-des-friedens-april-2021-soziale-politische-und-wirtschaftliche-auswirkungen-der-corona-epidemie>



Videomitschnitt des Vortrags

<https://www.youtube.com/watch?v=BdmtYv2s8fg>

Termine der kommenden drei Monate:

Jahresprogramm 2021 mit der Vortragsreihe »Wege zu einer Kultur des Friedens« und den traditionellen Außenveranstaltungen

Do 20. Mai 2021, 19.00 Uhr

»80 Jahre: Krankenmord im Braunschweiger Land«

Susanne Weihmann, Sebastian Barnstorf

Zoom-Veranstaltung

(19. Mai 2021: Eine Feier am Gedenkort in Königslutter ist in Planung)

Sa 05. Juni 2021, 15.00 Uhr

»Orte des Erinnerns 1933-1945«

Gedenkpunkte-Rundgang in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Andere Geschichte

Gabriele Canstein und Elke Almut Dieter

Treffpunkt: An der Südseite des Domes

Do 17. Juni 2021, 19.00 Uhr

»Ökonomische Ungleichheit zwischen Israel und Palästina. - Ein Krisenfaktor in Permanenz?«

Dr. Sabine Hofmann, FU Berlin

VHS oder Zoom-Veranstaltung

Do 15. Juli 2021, 19.00 Uhr

»Die Türkei heute. Innen- und Außenpolitik«

Orhan Sat

VHS

Do 08. Juli 2021, 18.00 Uhr in der Dornse

»Flaggentag« mit Ralf Becker von der badischen Landeskirche zum Thema:

Ächtung von Atomwaffen - Sicherheit neu denken

Fr 06. August 2021, 19.00 Uhr

»Hiroshimatag am Okerufer«

Wir nehmen teil :

Sa 8. Mai 2021, 11.00 Uhr **Jahrestag für Befreiung vom Faschismus**, Gedenkstätte Schillstraße

80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion

Di 22. Juni 2021

16.00 Uhr Kundgebung auf dem Schlossplatz,

18.00 Uhr Gedenken am Ehrenmal für Zwangsarbeiter:innen auf dem sog. Ausländerfriedhof, Brodweg

Mi 23. Juni 2021

18.00 Uhr Vortrag und Diskussion im Gewerkschaftshaus, Wilhelmstr. 5

Erich Fried:

Gespräch mit einem Überlebenden

*Was hast du damals getan
was du nicht hättest tun sollen?
„Nichts“*

*Was hast du nicht getan
was du hättest tun sollen?
„Das und das
dieses und jenes:
Einiges“*

*Warum hast du es nicht getan?
„Weil ich Angst hatte“
Warum hattest du Angst?
„Weil ich nicht sterben wollte“*

*Sind andere gestorben
weil du nicht sterben wolltest?
„Ich glaube
ja“*

*Hast du noch etwas zu sagen
zu dem was du nicht getan hast?
„Ja: Dich zu fragen
Was hättest du an meiner Stelle getan?“*

*Das weiß ich nicht
und ich kann über über dich nicht richten.
Nur eines weiß ich:
Morgen wird keiner von uns
leben bleiben
wenn wir heute
wieder nichts tun.*

www.friedenszentrum.info

www.facebook.com/Friedenszentrum-Braunschweig-eV-280733798618130